



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

19.09.1989 - Drucksache 12/629

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP

Verbesserung der Wohnraumversorgung in Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die im Nachtragshaushalt vorgesehene Erhöhung der Fördermittel ist ein wichtiger Schritt, um einen Teil der zusätzlichen Wohnungsnachfrage zu befriedigen. Darüber hinaus muß privates Kapital für den Wohnungsneubau aktiviert werden, weil die erforderlichen Wohnungen nicht nur aus öffentlichen Mitteln geschaffen werden können. Die vom Bund beschlossene Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen schafft die Voraussetzung für verstärkte Investitionen im Wohnungsbau.

Es ist alles zu vermeiden, was das private Investitionsklima verschlechtern könnte, insbesondere öffentliche Diskussionen über die Beschlagnahme von Wohnraum.

2. Die Arbeitskapazität der planenden Behörden ist verstärkt dafür einzusetzen, daß ausgewiesene Bauflächen auch umgehend für den Wohnungsbau genutzt werden können. Bei anhaltender Zuwanderung ist die Ausweisung zusätzlicher Bauflächen zu prüfen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) hält die Erstellung von Behelfsheimen, die in ein paar Jahren wieder abgerissen werden müssen, nicht für sinnvoll. Statt dessen sind kurz- bis mittelfristig in einem Sonderprogramm Reihenhäuser mit einfacher Ausstattung zu erstellen, deren Grundrisse auf die vorübergehende Belegung durch eine größere Personenzahl ausgerichtet sind. Sie können später privatisiert (z. B. durch Mietkauf) und familiengerecht umgestaltet werden.

4. Zur vorübergehenden Unterbringung sind vorrangig leerstehende Gebäude im Besitz der öffentlichen Hand zu nutzen. Das Behördenraumkonzept ist außer Kraft zu setzen. Leerstände, wie z. B. das BBZ, sind in die Planungen einzubeziehen. Soweit Leerstände in Bundesbesitz vorhanden sind (z. B. Kasernen), sind Nutzungsverhandlungen einzuleiten.

Für eventuell zusätzlichen Bedarf sind auch geeignete ehemalige Gewerbegebäude anzumieten und mit der notwendigen Ausstattung für eine übergangweise Unterbringung herzurichten.

Die Unterbringung in Zelten ist zumindest für die kalte Jahreszeit kein geeigneter Lösungsansatz.

Jäger und Fraktion der FDP

Annual Report

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881